

Antwort
der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Ursula Fischer und der Gruppe
der PDS/Linke Liste**
— Drucksache 12/1778 —

Lage in Ost-Timor

Seit 1975 wird das Gebiet der ehemaligen portugiesischen Kolonie von Ost-Timor durch Indonesien besetzt gehalten. Bei Integration der vorwiegend katholischen Bevölkerung von Ost-Timor setzt die indonesische Regierung in erster Linie auf militärische Mittel. Am 12. November 1991 schossen indonesische Soldaten in der Hauptstadt Dili einige Minuten lang mit Maschinenpistolen in eine tausendköpfige Menge von Teilnehmern einer Trauerfeier. Nach Aussagen des katholischen Bischofs von Dili, Monsignor Belo, sowie von mehreren britischen, amerikanischen und australischen Augenzeugen wurden zirka 180 Demonstranten während des Massakers getötet.

1. Ist die Bundesregierung darüber informiert, daß nach Berichten der Menschenrechtsorganisationen amnesty international, Tapol und Australien Coalition for East Timor während des Massakers mehrere hundert Demonstranten festgenommen wurden und daß zirka achtzig der Festgenommenen am 14. November 1991 am Rande eines vorher ausgehobenen Massengrabes erschossen wurden?

Der Bundesregierung sind die Berichte über die Festnahme von mehreren hundert Demonstranten im Zusammenhang mit den Zwischenfällen in Ost-Timor vom 12. November 1991 bekannt. Eine Großzahl der Festgenommenen wurde inzwischen wieder freigelassen. Derzeit (Stand: 10. Januar 1992) sind noch vierzehn Personen inhaftiert; das in Ost-Timor präsente IKRK hat zu ihnen Zugang.

Berichte über Erschießungen von etwa 60 bis 80 Augenzeugen des Massakers vom 12. November 1991, die am 14. oder 15. November 1991 stattgefunden haben sollen, können nicht bestätigt werden.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Staatsministers im Auswärtigen Amt, Helmut Schäfer, vom 17. Januar 1992 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

2. Ist die Bundesregierung darüber informiert, daß nach Schätzung der oben genannten Menschenrechtsorganisationen seit der Besetzung Ost-Timors durch die indonesischen Streitkräfte am 7. Dezember 1975 etwa 200 000 von 700 000 Osttimoresen getötet worden sind?

Ost-Timor war eine besonders rückständige Kolonie des portugiesischen Kolonialreiches. Die Insel wurde 1975 überstürzt von den Kolonialbehörden aufgegeben, worauf blutige Unruhen ausbrachen. Am 7. Dezember 1975 ist Indonesien einmarschiert und hat 1976 Ost-Timor in das indonesische Staatsgebiet integriert. Vor, während und nach diesen Ereignissen kam eine sehr hohe Anzahl von Ost-Timoresen infolge von bewaffneten Auseinandersetzungen und Hungersnöten ums Leben. Die Bundesregierung verfügt über keine eigenen Erkenntnisse zur Anzahl der Todesopfer.

3. Welche Anstrengungen unternimmt die Bundesregierung, unabhängige, akkurate Informationen über die fortgesetzten Menschenrechtsverletzungen in Ost-Timor zu erhalten?

Die Bundesregierung hat zahlreiche Möglichkeiten, um sich über die Lage der Bevölkerung auf Ost-Timor zu unterrichten. Die Botschaften aller EG-Staaten in Jakarta führen regelmäßige Reisen nach Ost-Timor durch und tauschen diese Informationen untereinander aus. Ein Mitarbeiter der deutschen Botschaft Jakarta hielt sich zuletzt vom 4. bis 12. Dezember 1991 in Ost-Timor auf.

4. Teilt die Bundesregierung die Einschätzung der portugiesischen Regierung, daß die kürzlich begonnene interne indonesische Untersuchung des Massakers von Dili eine Farce ist, und unterstützt die Bundesregierung die Forderung der portugiesischen Regierung nach einer unabhängigen internationalen Untersuchung des Massakers durch eine Untersuchungskommission der Vereinten Nationen?

Die Außenminister der EG-Staaten haben in ihren Erklärungen vom 13. November und 3. Dezember 1991 die ungerechtfertigte Gewaltanwendung durch das indonesische Militär am 12. November 1991 verurteilt. Die Bundesregierung begrüßt in diesem Zusammenhang, daß die indonesische Regierung – erstmals bei derartigen Vorfällen – eine Untersuchungskommission eingesetzt hat. Sie hat den am 26. Dezember 1991 vorgelegten vorläufigen Bericht dieser Kommission mit Interesse zur Kenntnis genommen. Soweit festzustellen ist, sind die Untersuchungen unter Berücksichtigung fast aller wesentlichen Quellen geführt worden. Die Kommission war offensichtlich um ein möglichst wirklichkeitstreuere Ergebnis bemüht. Nunmehr unterstreicht die Bundesregierung ihre Erwartung, daß für Ausschreitungen verantwortliche Personen zur Rechenschaft gezogen und bestraft werden und daß die Verfahren gegen Demonstranten fair verlaufen. Sie tritt für eine internationale Beteiligung (VN, IKRK) an weiteren Untersuchungen ein. Die Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Ursula Seiler-Albring, hat bei ihrem Indonesienbesuch (7. bis 13. Januar

1992) diese Haltung gegenüber der indonesischen Regierung vertreten. Die Bundesregierung wird aufmerksam und kritisch verfolgen, wie Indonesien seinen Verpflichtungen für eine politische und wirtschaftliche Entwicklung Ost-Timors nachkommt.

5. Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Regierung von Portugal, daß die katastrophale Menschenrechtslage in Ost-Timor direkt durch die seit 16 Jahren bestehende völkerrechtswidrige Besetzung Ost-Timors durch Indonesien verursacht wird?

Die in der Antwort auf Frage 2 dargestellten Ereignisse haben bei der Bevölkerung von Ost-Timor ein Trauma hinterlassen. Aus dieser Zeit rühren Spannungen mit den indonesischen Behörden. Nach Auffassung der Bundesregierung gingen Anfang der 80er Jahre Ausmaß und Schwere der Menschenrechtsverletzungen in Ost-Timor zurück. Anfang 1989 wurde das zuvor abgeriegelte Territorium weitgehend geöffnet und dem Besuchsverkehr zugänglich gemacht. Dies wirkte sich potentiell zugunsten der Wahrung der Menschenrechte aus. In den Städten hatte sich seit der Öffnung und bis Oktober 1991 die Lage der Menschenrechte gebessert, auch wenn sie letztlich noch nicht befriedigend war.

6. Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Regierung von Portugal, daß dem Volk von Ost-Timor bis heute die Ausübung seines Selbstbestimmungsrechtes verwehrt worden ist, und unterstützt die Bundesregierung die Resolutionen 384 und 389 des Weltsicherheitsrates sowie die acht Resolutionen der Generalversammlung der Vereinten Nationen, welche den Abzug der indonesischen Besatzungstruppen aus Ost-Timor und einen international anerkannten Akt der Selbstbestimmung für Ost-Timor verlangen?

Die Bundesregierung begrüßt die unter der Schirmherrschaft des Generalsekretärs der Vereinten Nationen seit 1982 zwischen Portugal und Indonesien stattfindenden Gespräche zu Ost-Timor. Sie sieht darin den geeigneten Weg für eine umfassende und international akzeptierte Lösung, die auch den Interessen der Bevölkerung Ost-Timors gerecht wird. Die Bundesregierung ermutigt Portugal und Indonesien, ihre bilateral geführten Verhandlungen rasch zu einem Abschluß zu bringen.

7. Welche aktiven Bemühungen hat die Bundesregierung unternommen und beabsichtigt sie zu unternehmen, um zu einer friedlichen Lösung des Ost-Timor-Konfliktes auf der Basis der genannten VN-Resolutionen beizutragen?

Siehe Antworten auf die Fragen 4 und 6.

8. Wie hoch sind die Aufwendungen der Bundesrepublik Deutschland für 1992 im Rahmen der militärischen und nichtmilitärischen Hilfe für Indonesien?

Die Höhe der geplanten Aufwendungen für das Jahr 1992 im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit Indonesien ergibt sich aus den „vertraulichen Erläuterungen“ zu Kapitel 23 02 Titel 866 01 und 896 03 des Bundeshaushaltsplans 1992, Einzelplan 23. Für die kulturpolitische Zusammenarbeit wurden 1990 10,1 Mio. DM aufgewendet. Aus dem Werfthilfeprogramm zu Entwicklungshilfekonditionen gewährt die Bundesregierung für indonesische Schiffbauaufträge im nichtmilitärischen Bereich Zinszuschüsse. Die Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich beschränkt sich auf die Ausbildung von indonesischen Offizieren und Unteroffizieren, die an Lehrgängen der Bundeswehr teilnehmen.

9. Für welchen Zweck sind die aufgewendeten Mittel im Detail vorgesehen?

Eine konkrete Planung des Programms der finanziellen Zusammenarbeit 1992 ist erst nach Eingang und entwicklungspolitischer Bewertung neuer indonesischer Projektanträge möglich.

Bei der kulturellen Zusammenarbeit ist der wichtigste Bereich der Wissenschaftsaustausch, einschließlich der Stipendien des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) für Graduierte und Postgraduierte. Dazu kommen die Ausgaben für die drei Zweigstellen des Goethe-Instituts, insbesondere für Sprachausbildung.

10. Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß weder die militärische noch die nichtmilitärische Hilfe, welche Indonesien von der Bundesregierung erhält, der völkerrechtswidrigen Besetzung Ost-Timors durch die indonesischen Streitkräfte Vorschub leistet?

Die Bundesregierung ist nicht der Auffassung, daß sich die erwähnte Zusammenarbeit nachteilig für die Lage der Menschen in Ost-Timor auswirkt.

11. Zieht die Bundesregierung in Betracht, sowohl die militärische als auch die nichtmilitärische Hilfe für Indonesien einzustellen, solange die indonesische Besetzung Ost-Timors fort dauert?

Die Bundesregierung zieht derzeit nicht in Betracht, die Hilfe für Indonesien einzustellen.

12. Unterstützt die Bundesregierung den Ruf des Vorsitzenden des Nationalen Rates des Maubere Widerstandes, Xanana Gusmao, nach „Verhandlungen ohne Vorbedingungen“ zwischen Indonesien, Portugal und dem Nationalen Rat des Maubere Widerstandes unter Aufsicht der Vereinten Nationen zu einer friedlichen Lösung des Ost-Timor-Konfliktes und zur Beendigung der andauernden Menschenrechtsverletzungen in Ost-Timor?

Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß die seit 1983 auf Bitte der Generalversammlung der Vereinten Nationen unter der Ägide des Generalsekretärs stattfindenden Gespräche zwischen Indonesien und Portugal sowie die weitere wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung in der Region den geeigneten Weg zur Lösung der mit Ost-Timor zusammenhängenden politischen Probleme darstellen.

